

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2714 –

Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz

Die **Große Anfrage** vom 4. September 2013 hat folgenden Wortlaut:

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) trat am 1. November 1993 im Rahmen des sogenannten Asylkompromisses in Kraft. Leistungsberechtigte sind Asylbewerberinnen und Asylbewerber, geduldete, ausreisepflichtige Personen und Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen.

Gemäß § 3 AsylbLG gilt für die Leistungsberechtigten das Sachleistungsprinzip. Für die Gewährung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind die Kommunen zuständig. Die Fachaufsicht liegt dabei bei der Landesregierung.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 18. Juli 2012 fand die vielfach geäußerte Kritik am Asylbewerberleistungsgesetz höchstrichterliche Bestätigung. Darin stellt das BVerfG fest, dass die Höhe der Geldleistungen nach § 3 AsylbLG evident unzureichend ist, weil sie seit 1993 nicht mehr verändert wurde. Der Gesetzgeber wurde vom BVerfG aufgefordert, unverzüglich eine Neuregelung zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums vorzunehmen.

Am 12. Oktober 2012 hat die rheinland-pfälzische Landesregierung gemeinsam mit Schleswig-Holstein und Brandenburg einen Bundesratsantrag zur Abschaffung des AsylbLG eingebracht. Die Berechtigten nach dem AsylbLG sollen stattdessen in die bestehenden Sozialsysteme nach SGB II bzw. SGB XII eingegliedert werden.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Form der Leistungsgewährung

1. Wie erfolgt in den rheinland-pfälzischen Kommunen die Gewährung von Leistungen nach dem AsylbLG?
2. In welchen Kommunen werden Barleistungen ausgezahlt, in welchen Kommunen Gutscheine, in welchen Kommunen erfolgt eine Vollverpflegung?
3. Welche Form der Leistungsgewährung verursacht die höchsten bzw. die niedrigsten Kosten für die Kommune?
4. Finden bei der Form der Leistungsgewährung die Situation von Kindern und ihre Bedürfnisse besondere Berücksichtigung?
5. Welche Form der Leistungsgewährung ist aus Sicht der Landesregierung zu bevorzugen und warum?

II. Verpflegung

6. Wenn Gutscheine zur Verpflegung ausgegeben werden, wie stellt sich dieses Verfahren konkret in der Praxis dar? Falls die Gutscheine auf bestimmte Geschäfte beschränkt sind, nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?
7. Wenn eine Vollverpflegung erfolgt, was genau wird in welcher Form an die Betroffenen ausgegeben und inwieweit werden hierbei besondere Bedarfe berücksichtigt?
8. Was geschieht, falls die Betroffenen zum Zeitpunkt der Ausgabe nicht anwesend sind?
9. Wie beurteilt die Landesregierung die Praxis der Verpflegung von Leistungsberechtigten?

III. Unterbringung

10. Wie hoch ist der Anteil der Betroffenen, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, bzw. wie hoch ist der Anteil der Betroffenen, die dezentral in Wohnungen untergebracht werden (bitte Aufschlüsselung nach Kommunen)?
11. Welche Form der Unterbringung ist in der Regel günstiger?
12. Falls die Leistungsberechtigten in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, wie lange dauert diese Form der Unterbringung in der Regel an?
13. Gibt es seitens der Landesregierung Kriterien für die Unterbringung zur Sicherung von Mindeststandards? Falls ja, wie genau sehen diese aus? Falls nein, wäre es aus Sicht der Landesregierung sinnvoll, Standards zu entwickeln?

Falls die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt:

14. Wie viele Gemeinschaftsunterkünfte mit welcher Aufnahmekapazität gibt es in den jeweiligen Kommunen?
15. Wie viel Wohnraum steht den Betroffenen jeweils zur Verfügung? Wie viele Personen werden gemeinsam in einem Zimmer untergebracht? Ist eine Anbindung der Einrichtungen an den öffentlichen Personennahverkehr sichergestellt?
16. Wer ist zuständig für die wohnraummäßige Unterbringung der Betroffenen in den jeweiligen Gemeinschaftsunterkünften?
17. Wer ist Träger bzw. Vermieter der jeweiligen Gemeinschaftsunterkünfte, wer ist für die Instandhaltung der Immobilie zuständig?
18. Findet nach einem Auszug eines Untergebrachten eine Reinigung und gegebenenfalls Renovierung der Zimmer statt?
19. Wird in den Gemeinschaftsunterkünften eine Kautions von den Bewohnerinnen und Bewohnern verlangt (Aufschlüsselung nach Höhe und Möglichkeit der Wiedererstattung)?
20. Wer ist für die soziale Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zuständig und wie hoch ist der Betreuungsschlüssel?
21. Finden sich auch Minderjährige in den Gemeinschaftsunterkünften und wenn ja, wie viele?
22. Werden in den Gemeinschaftsunterkünften auch andere Personen als nach dem Asylbewerberleistungsrecht berechnete Personen untergebracht? Falls ja, um welchen Personenkreis handelt es sich hierbei?
23. Werden die Bedürfnisse von Menschen mit Erkrankungen, Behinderungen oder Traumatisierungen in besonderer Weise bei der Unterbringung berücksichtigt? Wenn ja, in welcher Form?
24. Werden die Bedürfnisse von alleinstehenden Frauen und Familien mit Kindern in besonderer Weise berücksichtigt? Wenn ja, in welcher Form?
25. Gibt es in den Gemeinschaftsunterkünften ausreichend Sanitäranlagen (bitte Beschreibung von Zustand, Abschließbarkeit, Trennung nach Geschlechtern)?
26. Wie viele Küchen gibt es in den Gemeinschaftsunterkünften für wie viele Personen?
27. Stehen Waschmaschinen und Trockenräume zur Verfügung?
28. Sind die Gemeinschaftsunterkünfte barrierefrei ausgestaltet?

Falls die Betroffenen dezentral in Wohnungen untergebracht sind:

29. Gibt es in allen Wohnungen Duschen oder Badewannen?
30. Findet eine regelmäßige Überprüfung des Zustands der Wohnungen statt?
31. Wie beurteilt die Landesregierung die verschiedenen Formen und Qualitäten der Unterbringung von Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz? Welche Form der Unterbringung ist aus Sicht der Landesregierung zu bevorzugen?

IV. Sonstiges

32. Wie viele Fälle von Leistungseinschränkungen nach § 1a AsylbLG gibt es in den jeweiligen Kommunen? Sind auch Kinder von Leistungseinschränkungen betroffen?
33. Wie beurteilt die Landesregierung Fälle von Leistungseinschränkung bei den Betroffenen?
34. In welchen Kommunen werden Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder gezahlt, deren Eltern Leistungen nach dem AsylbLG erhalten (Aufschlüsselung nach Ort, Zweck und für wie viele Kinder)?
35. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um Kindern der Betroffenen Zugang zu Bildung zu eröffnen?
36. Welche Freizeitmöglichkeiten sind auf dem jeweiligen Gelände der Gemeinschaftsunterkunft für Kinder und Erwachsene verfügbar?

37. In welchen Kommunen sind Möglichkeiten des Schul- oder Kindertagesstättenbesuchs für die betroffenen Kinder gegeben?
38. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeiten von Bildung und Ausbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene?
39. Wie sind die Gesundheitsversorgung und der Zugang zu Medikamenten sichergestellt? Gibt es für die Betroffenen Impfvorsorge?
40. Stehen den Leistungsberechtigten Dolmetscherinnen und Dolmetscher bzw. Übersetzerinnen und Übersetzer zur Verfügung (aufgeschlüsselt nach Kostenersatzung und Regelung in der Kommune)?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben der Chefin der Staatskanzlei vom 31. Oktober 2013 – wie folgt beantwortet:

Zuständige Behörden für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) sind nach § 2 Landesaufnahmegesetz (LAufnG) die Aufnahmeeinrichtungen gemäß § 44 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) für die dort untergebrachten Leistungsberechtigten und im Übrigen in Landkreisen die Kreisverwaltungen und in kreisfreien Städten die Stadtverwaltungen. Die Landkreise und die kreisfreien Städte erfüllen diese Aufgaben als Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung. Die Landkreise können großen kreisangehörigen Städten, verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden diese Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

Dementsprechend wurde den 24 Landkreisen und zwölf kreisfreien Städten die Anfrage zur Beantwortung weitergeleitet. Von den 36 kommunalen Gebietskörperschaften haben 33 geantwortet. Von diesen wurden jeweils nicht alle Fragen beantwortet.

Die Fragen 14 bis 28 beziehen sich auf die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft. Dabei wurde in der Beantwortung die Definition des § 53 AsylVfG herangezogen, nach der Gemeinschaftsunterkünfte Unterkünfte für ausländische Personen sind, die einen Asylantrag gestellt haben und die nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung nach § 44 AsylVfG zu wohnen.

Wie von der fragestellenden Fraktion gewünscht, wurden die Fragen 14 bis 28 für den Fall beantwortet, dass die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt und die Fragen 29 bis 31 für den Fall, dass die Betroffenen dezentral in Wohnungen untergebracht sind.

Diese Vorbemerkung vorausgeschickt, beantworte ich die Große Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

I. Form der Leistungsgewährung

1. Wie erfolgt in rheinland-pfälzischen Kommunen die Gewährung von Leistungen nach dem AsylbLG?

In elf Landkreisen und vier kreisfreien Städten erfolgt die Gewährung von Leistungen nach § 3 AsylbLG in Form von Geldleistungen, in neun Landkreisen und fünf kreisfreien Städten erfolgt die Leistungsgewährung in einer kombinierten Form von Geld- und Sachleistungen.

2. In welchen Kommunen werden Barleistungen ausgezahlt, in welchen Kommunen Gutscheine, in welchen Kommunen erfolgt eine Vollverpflegung?

Nach Auskunft der Landkreise und kreisfreien Städte geben neun Landkreise und fünf kreisfreie Städte neben Barleistungen auch Gutscheine aus. Zwei kreisfreie Städte gaben an, bei Unterbringung in Sammelunterkünften neben der Barleistung eine Vollverpflegung anzubieten. Ein Landkreis erläutert, regelmäßig Barleistungen zu gewähren und lediglich bei Unterbringung in der einzigen Gemeinschaftsunterkunft eine Vollverpflegung anzubieten. Bei Verdacht auf missbräuchliche Verwendung der Mittel durch Leistungsempfängerinnen und -empfänger leiste er durch Gutscheine.

Im Einzelnen siehe Anlage 1.

3. Welche Form der Leistungsgewährung verursacht die höchsten Kosten bzw. die niedrigsten Kosten für die Kommune?

Berechnungen zu den Kosten in rheinland-pfälzischen Kommunen und deren Vergleich liegen der Landesregierung nicht vor.

Nach der mitgeteilten Einschätzung von elf Landkreisen und fünf kreisfreien Städte entstehen bei der Gewährung von Leistungen in Form von Gutscheinen oder durch Vollverpflegung höhere Kosten als bei der Barleistung. Ein Landkreis und eine kreisfreie Stadt sehen laut ihrer Mitteilung keine Kostenunterschiede. Sechs Landkreise teilen mit, keine Vergleichsmöglichkeit zu haben, da sie ausschließlich Barleistungen gewährten.

4. Finden bei der Form der Leistungsgewährung die Situation von Kindern und ihre Bedürfnisse besondere Berücksichtigung?

Zwanzig kommunale Gebietskörperschaften bejahten diese Frage ebenso wie die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion – Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier (AfA), während zwei kommunale Gebietskörperschaften die Frage verneinen.

5. *Welche Form der Leistungsgewährung ist aus Sicht der Landesregierung zu bevorzugen und warum?*

Die Landesregierung bewertet nicht die Praxis der kommunalen Gebietskörperschaften beim Vollzug des AsylbLG.

Politisch setzt sich die Landesregierung jedoch im Bundesrat für eine Streichung des AsylbLG ein, da dann den Betroffenen die Planung und Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel in eigener Verantwortung möglich wäre.

II. Verpflegung

6. *Wenn Gutscheine zur Verpflegung ausgegeben werden, wie stellt sich dieses Verfahren konkret in der Praxis dar? Falls die Gutscheine auf bestimmte Geschäfte beschränkt sind, nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?*

Sechs Landkreise und drei kreisfreie Städte gaben an, dass die ausgegebenen Gutscheine nicht auf bestimmte Geschäfte beschränkt seien. Eine kreisfreie Stadt teilte mit, sie beschränke die Gutscheine auf bestimmte Geschäfte, da nur diese sie als Zahlungsmittel akzeptierten.

7. *Wenn eine Vollverpflegung erfolgt, was genau wird in welcher Form an die Betroffenen ausgegeben und inwieweit werden hierbei besondere Bedarfe berücksichtigt?*

8. *Was geschieht, falls die Betroffenen zum Zeitpunkt der Ausgabe nicht anwesend sind?*

Die Fragen 7 und 8 werden wegen ihres sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die vom Land Rheinland-Pfalz betriebene AfA und deren Außenstelle Ingelheim bieten eine Vollverpflegung unter besonderer Berücksichtigung von religiösen und ärztlichen Vorgaben an. Zu den von den kommunalen Gebietskörperschaften betriebenen Gemeinschaftsunterkünften haben ein Landkreis und zwei kreisfreie Städte mitgeteilt, dass sie dies ebenso handhaben.

Eine Essensausgabe kann in der AfA und nach Auskunft der genannten Gebietskörperschaften in begründeten Fällen auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

9. *Wie beurteilt die Landesregierung die Praxis der Verpflegung von Leistungsberechtigten?*

Nach Ansicht der Landesregierung werden die in § 3 AsylbLG enthaltenen restriktiven Regelungen bei der Form der Leistungserbringung für Ernährung weder den Bedürfnissen der Leistungserbringer, noch denen der Betroffenen gerecht.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

III. Unterbringung

10. *Wie hoch ist der Anteil der Betroffenen, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden bzw. wie hoch ist der Anteil der Betroffenen, die dezentral in Wohnungen untergebracht werden (bitte Aufschlüsselung nach Kommunen)?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 2.

11. *Welche Form der Unterbringung ist in der Regel günstiger?*

Für die Landesregierung stellt sich die Frage nicht, da sie in ihrem Verantwortungsbereich gesetzlich gehalten ist, die Asylbegehrenden in der AfA unterzubringen.

Für den Verantwortungsbereich der kommunalen Gebietskörperschaften sind die Antworten von regionalen Unterschieden geprägt. Elf Landkreise und vier kreisfreie Städte bewerten die dezentrale Unterbringung in Wohnungen als kostengünstiger. Zwei Landkreise und zwei kreisfreie Städte sahen keine Kostenunterschiede. Sieben Landkreise und vier kreisfreie Städte bewerten die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft als kostengünstiger.

12. *Falls die Leistungsberechtigten in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, wie lange dauert diese Form der Unterbringung in der Regel an?*

Eine kreisfreie Stadt gibt an, die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft bis zu einem halben Jahr vorzunehmen. Eine andere kreisfreie Stadt erlaubt spätestens ab einer Verweildauer von drei Jahren einen Umzug in eine Wohnung. Ein Landkreis gibt an, dass in der Gemeinschaftsunterkunft zum Zeitpunkt der Anfrage 30 Personen bereits seit mehr als zwei Jahren in der Unterkunft leben und 110 Personen kürzer als zwei Jahre. Sieben Landkreise und vier kreisfreie Städte geben an, dass sich der Aufenthalt in einer Gemeinschaftsunterkunft am Leistungsbezug nach dem AsylbLG orientiere.

13. *Gibt es seitens der Landesregierung Kriterien für die Unterbringung zur Sicherung von Mindeststandards? Falls ja, wie genau sehen diese aus? Falls nein, wäre es aus Sicht der Landesregierung sinnvoll, Standards zu entwickeln?*

Nein.

Die Aufgabe der Unterbringung ist den kommunalen Gebietskörperschaften als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung übertragen. Der Landesgesetzgeber wollte durch die Zuordnung zu den Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung den Kommunen in der Frage der Unterbringung ermöglichen, individuelle, am konkreten Einzelfall orientierte und den örtlichen Gegebenheiten angepasste Lösungen zu finden. Dies verbietet aus Sicht der Landesregierung detaillierte, das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen einschränkende Festlegungen.

Falls die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt:

14. *Wie viele Gemeinschaftsunterkünfte mit welcher Aufnahmekapazität gibt es in den jeweiligen Kommunen?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 3.

15. *Wie viel Wohnraum steht den Betroffenen jeweils zur Verfügung? Wie viele Personen werden gemeinsam in einem Zimmer untergebracht? Ist eine Anbindung der Einrichtungen an den öffentlichen Personennahverkehr sichergestellt?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 4.

16. *Wer ist zuständig für die wohnraummäßige Unterbringung der Betroffenen in den jeweiligen Gemeinschaftsunterkünften?*

Nach § 1 des LAufnG sind die Landkreise sowie die kreisfreien Städte, bei Vorhandensein einer entsprechenden Delegationssatzung auch die großen kreisangehörigen Städte, die verbandsfreien Gemeinden, die Verbandsgemeinden und die Ortsgemeinden, für die Unterbringung der nicht mehr in der AfA lebenden Asylsuchenden zuständig; dies schließt die gesetzlich, im Sinne einer gebundenen Ermessensentscheidung vorgesehene Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft ein.

17. *Wer ist Träger bzw. Vermieter der jeweiligen Gemeinschaftsunterkünfte, wer ist für die Instandhaltung der Immobilie zuständig?*

Acht Landkreise und drei kreisfreie Städte teilen mit, selbst Träger von Gemeinschaftsunterkünften und für deren Instandhaltung zuständig zu sein.

Drei kreisfreie Städte geben an, dass Dritte Träger der Unterkunft und die Städte für die Instandhaltung zuständig sind. Drei Landkreise geben an, die Trägerschaft und die Instandhaltung an Dritte übertragen zu haben.

18. *Findet nach einem Auszug eines Untergebrachten eine Reinigung und gegebenenfalls Renovierung der Zimmer statt?*

Alle antwortenden kommunalen Gebietskörperschaften bejahen dies.

19. *Wird in den Gemeinschaftsunterkünften eine Kautions von den Bewohnerinnen und Bewohnern verlangt (Aufschlüsselung nach Höhe und Möglichkeit der Wiedererstattung)?*

Zehn Landkreise und vier kreisfreie Städte geben an, keine Kautions zu verlangen.

Zwei kreisfreie Städte geben an, dass eine ein Schlüsselpfand in Höhe von 35 €, die andere von 50 € erhebt.

Zwei Landkreise geben an, ein Schlüsselpfand zu erheben, wobei eine ein Schlüsselpfand in Höhe von 6,50 €, die andere in Höhe von 15,34 € erhebt.

Ein Landkreis teilt mit, dass er eine Kautions pro Zimmer in Höhe von 51,15 € erhebe, die in bis zu fünf Raten erbracht werden könne.

Die Erstattung der Beträge erfolgt nach Angaben der Kommunen jeweils nach Rückgabe der Schlüssel beziehungsweise bei Auszug, sofern keine Schäden in dem zur Verfügung gestellten Wohnraum festgestellt werden.

20. *Wer ist für die soziale Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zuständig und wie hoch ist der Betreuungsschlüssel?*

Fünf Landkreise und zwei kreisfreie Städte geben an, die soziale Betreuung in Gemeinschaftsunterkünften selbst sicherzustellen.

Fünf Landkreise und vier kreisfreie Städte erläutern, die soziale Betreuung in Gemeinschaftsunterkünften auf Dritte übertragen zu haben.

Ein Landkreis teilt mit, dass keine Betreuung in seinen Gemeinschaftsunterkünften stattfindet.

Eine kreisfreie Stadt und ein Landkreis haben zur Höhe des Betreuungsschlüssels Angaben gemacht. Während der Schlüssel im Landkreis bei 1 : 30 liegt er bei der kreisfreien Stadt bei 1 : 150 im Verhältnis von Betreuenden zu Betreuten. Die übrigen Kommunen haben keine konkreten Betreuungsschlüssel mitgeteilt.

21. *Finden sich auch Minderjährige in den Gemeinschaftsunterkünften und wenn ja, wie viele?*

Fünf Landkreise und zwei kreisfreie Städte geben an, Minderjährige nur im Familienverband mit den Eltern in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen.

Unbegleitete, minderjährige Asylbegehrende werden vom örtlich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen und in der Regel in den Inobhutnahme- und Clearingeinrichtungen untergebracht. Landesweit stehen bis zu 35 Plätze an drei Standorten für die Inobhutnahme und das Clearingverfahren für unbegleitete, minderjährige Asylbegehrende zur Verfügung.

Über die weitere Unterbringung entscheidet die jeweils zuständige kommunale Gebietskörperschaft als öffentlicher Träger der Jugendhilfe eigenverantwortlich. Entsprechende Anschlusshilfen gibt es insbesondere in ausgewählten Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

22. *Werden in den Gemeinschaftsunterkünften auch andere Personen als nach dem Asylbewerberleistungsrecht berechnete Personen untergebracht? Falls ja, um welchen Personenkreis handelt es sich hierbei?*

Teilweise.

Zwei Landkreise teilen mit, auch Personen mit bereits abgeschlossenem Asylverfahren bis zu deren Umzug in eine eigene Wohnung weiter in ihren Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Darüber hinaus geben fünf Landkreise und zwei kreisfreie Städte an, die Unterkünfte auch zur Beseitigung der Obdachlosigkeit nach dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz zu nutzen.

23. *Werden die Bedürfnisse von Menschen mit Erkrankungen, Behinderungen oder Traumatisierungen in besonderer Weise bei der Unterbringung berücksichtigt? Wenn ja, in welcher Form?*

24. *Werden die Bedürfnisse von alleinstehenden Frauen und Familien mit Kindern in besonderer Weise berücksichtigt? Wenn ja, in welcher Form?*

Die Fragen 23 und 24 werden wegen ihres sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Ja.

Bei der Unterbringung, Versorgung und Verpflegung ist bei kommunaler Unterbringung der jeweilige Einzelfall zu berücksichtigen.

25. *Gibt es in Gemeinschaftsunterkünften ausreichend Sanitäreinrichtungen (bitte Beschreibung von Zustand, Abschließbarkeit, Trennung nach Geschlechtern)?*

Die antwortenden Kommunen bejahen dies.

Im Einzelnen siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 5.

26. *Wie viele Küchen gibt es in den Gemeinschaftsunterkünften für wie viele Personen?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 6.

27. *Sind Waschmaschinen und Trockenräume zur Verfügung?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 7.

28. *Sind die Gemeinschaftsunterkünfte barrierefrei ausgestaltet?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 8.

Falls die Betroffenen dezentral in Wohnungen untergebracht sind:

29. *Gibt es in allen Wohnungen Duschen oder Badewannen?*

Die Landesregierung hat hierüber keine eigenen Erkenntnisse.

Die kommunalen Gebietskörperschaften haben dies in der Beantwortung bejaht.

30. *Findet eine regelmäßige Überprüfung des Zustands der Wohnungen statt?*

Die Landesregierung hat hierüber keine eigenen Erkenntnisse.

Nach Angaben von einundzwanzig Landkreisen und sechs kreisfreien Städten finden regelmäßig Überprüfungen des Zustands der Wohnungen statt.

31. *Wie beurteilt die Landesregierung die verschiedenen Formen und Qualitäten der Unterbringung von Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz? Welche Form der Unterbringung ist aus Sicht der Landesregierung zu bevorzugen?*

Die Landesregierung beurteilt die Erfüllung dieser Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung nicht und beabsichtigt nicht, gegenüber den Kommunen Empfehlungen auszusprechen. Die kommunalen Gebietskörperschaften erfüllen diese Aufgabe unter Berücksichtigung des § 53 AsylVfG.

IV. Sonstiges

32. *Wie viele Fälle von Leistungseinschränkungen nach § 1 a AsylbLG gibt es in den jeweiligen Kommunen? Sind auch Kinder von Leistungseinschränkungen betroffen?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 9.

33. *Wie beurteilt die Landesregierung Fälle von Leistungseinschränkung bei den Betroffenen?*

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 zur Höhe der Leistungssätze nach § 3 AsylbLG (Az: 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11) und des im Anschluss hierzu ergangenen Urteils des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz vom 27. März 2013 (AZ: L 3 AY 2/13 B ER) ist bis zu einer etwaigen gesetzlichen Neuregelung des AsylbLG nach dem Rechtsverständnis der Landesregierung keine weitere Leistungseinschränkung möglich. Diese Rechtsauffassung hat das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen am 20. Juni 2013 in einem Rundschreiben allen leistungserbringenden kommunalen Gebietskörperschaften mitgeteilt.

34. *In welchen Kommunen werden Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder gezahlt, deren Eltern Leistungen nach AsylbLG erhalten (Aufschlüsselung nach Ort, Zweck und für wie viele Kinder)?*

Keine kommunale Gebietskörperschaft darf an Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug nach AsylbLG Leistungen nach den Regelungen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes erbringen, da nur Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) und nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe – Anspruch auf diese Bundesleistung haben.

Nach den Angaben der kommunalen Gebietskörperschaften erhalten Kinder und Jugendliche Leistungen, die denen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket vergleichbar seien. Nach § 6 Abs. 1 AsylbLG können die kommunalen Gebietskörperschaften sonstige Leistungen gewähren, wenn sie im Einzelfall zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten sind. Die Leistungen sind als Sachleistungen, bei Vorliegen besonderer Umstände als Geldleistung zu gewähren. 19 Landkreise und acht kreisfreie Städte haben mitgeteilt, dass sie auf dieser Grundlage für Kinder und Jugendliche Leistungen auszahlen, die den Leistungen für Bildung und Teilhabe vergleichbar sind. Drei weitere Landkreise und eine kreisfreie Stadt geben an, solche Leistungen an Leistungsbeziehende nach § 2 AsylbLG zu leisten.

Im Einzelnen siehe Anlage 10.

35. *Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um Kindern der Betroffenen Zugang zu Bildung zu eröffnen?*

In Rheinland-Pfalz besteht für Kinder von Asylbegehrenden ein uneingeschränktes Recht zum Schulbesuch und zugleich Schulpflicht. Während diese Pflicht zuvor in Nummer 2 der Verwaltungsvorschrift „Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“ vom 22. November 2006 (Amtsbl. 2007, S. 2) geregelt war, hat der Landtag zwischenzeitlich auf einen Gesetzentwurf der Landesregierung hin diese Regelung im Dritten Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes vom 18. Juni 2013 als § 56 Abs. 2 in das Schulgesetz aufgenommen. Hiernach unterliegen Kinder von Asylbegehrenden ebenso der Schulpflicht wie Kinder und Jugendliche, die sich ohne ihre Eltern in Rheinland-Pfalz aufhalten und einen Asylantrag gestellt haben sowie darüber hinaus Kinder von ausländischen Personen, die in Rheinland-Pfalz ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Die Schulpflicht für Kinder von Asylbegehrenden beginnt nach dem Asylantrag mit der Zuweisung zu einer Gemeinde und dauert so lange ihnen der Aufenthalt gestattet ist bzw. bis zur Erfüllung einer etwaigen Ausreisepflicht. Hierdurch werden umfassend auch Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltstitel erfasst, die sich in Rheinland-Pfalz aufhalten.

36. *Welche Freizeitmöglichkeiten sind auf dem jeweiligen Gelände der Gemeinschaftsunterkünfte für Kinder und Erwachsene verfügbar?*

Siehe die Angaben der Kommunen in Anlage 11.

37. *In welchen Kommunen sind Möglichkeiten des Schul- oder Kindertagesstättenbesuchs für die betroffenen Kinder gegeben?*

In allen rheinland-pfälzischen Kommunen ist dies gewährleistet. Zu den Möglichkeiten des Schulbesuchs wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

Ausländische Kinder haben einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, wenn sie rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben.

Asylbegehrende begründen nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts aufgrund ihres Aufenthaltsstatus keinen „gewöhnlichen Aufenthalt“ im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB), sodass hinsichtlich dieser Kinder nicht auf den Aufenthaltsbegriff, der ansonsten für ausländische Kinder gilt, abgestellt werden kann.

Im Hinblick auf die Gewährung grundsätzlicher Jugendhilfeleistungen nach § 86 Abs. 7 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) an minderjährige Asylbegehrende, auf die in § 6 Abs. 2 S. 1 SGB VIII vorgesehene Duldung als Voraussetzung für die Gewährung jugendhilferechtlicher Leistungen an ausländische Personen und wegen der herausragenden Bedeutung frühkindlicher Förderung für alle Kinder ist jedoch der Besuch eines Kindergartens auch für die Kinder von Asylsuchenden geboten. Dem Grundanliegen der UN-Kinderrechtskonvention folgend sollte die Erfüllung elementarer Rechte eines Kindes nicht von normativen Statusregelungen abhängig gemacht werden.

38. *Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeiten von Bildung und Ausbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene?*

Die Landesregierung misst den Möglichkeiten von Bildung und Ausbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene einen sehr hohen Stellenwert bei, was sich auch darin ausdrückt, dass die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten ab dem zweiten Lebensjahr kostenfrei gewährt wird.

Zu den Möglichkeiten des Schulbesuchs wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen. Vor diesem Hintergrund sieht die Landesregierung für Kinder von Asylbegehrenden einen umfassenden Zugang zu schulischer Bildung und somit zu einer altersgerechten Förderung landesweit als gewährleistet an.

Vorbehaltlich Aufenthaltsrechtlicher Fragen und des Vorliegens persönlicher Voraussetzungen steht Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit der Aufnahme eines dualen Ausbildungsverhältnisses oder nach Maßgabe der jeweiligen Einschreibeordnung die Aufnahme eines Hochschulstudiums grundsätzlich offen.

39. *Wie sind die Gesundheitsversorgung und der Zugang zu Medikamenten sichergestellt? Gibt es für die Betroffenen Impfvorsorge?*

Nach § 2 LAufnG in Verbindung mit § 4 AsylbLG sind die kommunalen Gebietskörperschaften für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände zuständig. Hierfür sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren. Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist. Werdenden Müttern und Wöchnerinnen sind ärztliche und pflegerische Hilfe und Betreuung, Hebammenhilfe, Arznei-, Verband- und Heilmittel zu gewähren. Die zuständige Behörde stellt die ärztliche und zahnärztliche Versorgung einschließlich der amtlich empfohlenen Schutzimpfungen und medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen sicher.

Gemäß der Verwaltungsvorschrift „Gesundheitsuntersuchung von Asylbegehrenden“ des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 19. Januar 1995 (6322-79 210-30) sind ausländische Personen, die gemäß den §§ 47 oder 53 AsylVfG in einer Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft im Land Rheinland-Pfalz zu wohnen haben, binnen einer Woche nach ihrem erstmaligen Eintreffen dem für die jeweilige Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft örtlich zuständigen Gesundheitsamt vorzustellen und amtsärztlich auf übertragbare Krankheiten zu untersuchen. Für die Untersuchung gilt gem. § 62 AsylVfG eine Duldungspflicht. In besonderen Ausbruchssituationen kann das Gesundheitsamt außerdem sogenannte Regelungsimpfungen empfehlen, um die Weiterverbreitung einer übertragbaren Erkrankung einzudämmen.

40. *Stehen den Leistungsberechtigten Dolmetscherinnen oder Dolmetscher bzw. Übersetzerinnen oder Übersetzer zur Verfügung (aufgeschlüsselt nach Kostenerstattung und Regelung in der Kommune)?*

Die Kommunen geben an, ebenso wie die AfA jeweils im Einzelfall zu entscheiden, ob Dolmetscherinnen oder Dolmetscher oder Sprachmittler hinzugezogen werden.

Eine Kostenübernahme erfolgt nach Angaben der Kommunen dabei in der Regel nur in den Fällen einer gesetzlichen Mitwirkungspflicht oder im Rahmen einer Psychotherapie und nur für ausgebildete Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

In Vertretung:
Margit Gottstein
Staatssekretärin

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 1 (zu Frage 2)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Bei der Stadt Frankenthal werden sowohl Barleistungen ausgezahlt, als auch Warengutscheine ausgehändigt.
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	Es werden Geldleistungen gewährt. Die Beträge werden per Scheck ausgezahlt oder auf ein vorhandenes Konto überwiesen. Kosten für die Miete werden an die Vermieter überwiesen.
Landau i. d. Pf., St.	Barleistungen erfolgen nur in Ausnahmefällen, ansonsten Überweisung auf Konto. Gutscheinausgabe und Vollverpflegung erfolgt nicht.
Ludwigshafen a. Rh.,	In Ludwigshafen werden zum weit überwiegenden Teil die Leistungen bar ausgezahlt. Nur in begründeten Einzelfällen erfolgt eine Leistungsgewährung in Form von Lebensmittelgutscheinen.
Mainz, St.	In Mainz werden die Leistungen nach § 3 AsylbLG als Barleistungen erbracht. Personen, die unter § 1 a des AsylbLG fallen erhalten den Anteil der Leistungen für die Verpflegung in Form von Lebensmittelbestellscheinen.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Gutscheine werden keine ausgestellt, bei Unterbringung in Sammelunterkunft erfolgt Vollverpflegung, ansonsten Barleistungen.
Pirmasens, St.	Die Gewährung erfolgt grundsätzlich in Form von Barleistungen.
Speyer, St.	Bar- und Sachleistungen
Trier, St.	k.A.
Worms, St.	Im Stadtgebiet Worms werden Asylbewerber in den Gemeinschaftsunterkünften voll verpflegt. Taschengeld erhalten sie in Form von Bargeldleistungen. Gutscheine werden nicht ausgestellt.
Zweibrücken, St.	In Zweibrücken werden die Leistungen an Asylbewerber über Gutscheine und/oder Barleistungen gewährt. Keine Vollverpflegung

Landkreise	Ahrweiler	Mit Ausnahme der Kosten der Unterkunft und der Ausstattung der Unterkunft werden in allen Kommunen alle Leistungen nach § 3 AsylbLG als Geldleistungen gewährt. Miete wird direkt an den jeweiligen Vermieter gezahlt. Leistungen für die Ausstattung der Wohnung werden vorrangig als Sachleistung, in Ausnahmefällen in Form von Wertgutscheinen oder Geldleistung gewährt.
	Altenkirchen (Ww.)	Im Landkreis Altenkirchen werden Barleistungen ausbezahlt.
	Alzey-Worms	Die Leistungsgewährungen erfolgen in Form von Geldleistungen. Je nach dem Einzelfall durch Überweisung bzw. Barauszahlung.
	Bad Dürkheim	Im Landkreis werden derzeit fast flächendeckend Barleistungen ausbezahlt. Ein Gutscheinsystem gibt es derzeit nur in einer Verbandsgemeinde (Lambrecht). Obgleich das System dort gut angenommen wird, ist hier in Absprache mit der Kreisverwaltung Bad Dürkheim eine Änderung hin zu den Barleistungen angedacht. Es gibt keine Vollverpflegung im Landkreis.
	Bad Kreuznach	Im Landkreis Bad Kreuznach werden Sachleistungen bei der Erstaussattung mit Möbeln sowie für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushaltes anlässlich der Neuaufnahme von Flüchtlingen gewährt. Die restlichen Leistungen werden im Landkreis Bad Kreuznach den Leistungsberechtigten entsprechend den Regelungen des § 3 Abs. 4 AsylbLG persönlich ausgehändigt (Barauszahlung oder Barscheck). Personen, die nach § 2 AsylbLG leistungsberechtigt sind, wird die Leistung überwiesen. Mit Einführung des AsylbLG wurde die Einführung eines Gutscheinsystems geprüft. Da eine ausreichende Anzahl von Akzeptanzstellen nicht bereitstand, wurde dieses Vorhaben aufgegeben.
	Bernkastel-Wittlich	Leistungen zum Lebensunterhalt ausschließlich als Barleistungen, keine Gutscheine, keine Vollverpflegung.
	Birkenfeld	Im Landkreis Birkenfeld werden die Leistungen für den Lebensunterhalt an Asylbewerber als Geldleistungen erbracht. Die Kosten der Unterkunft werden unmittelbar an Vermieter gezahlt. Durch die Barauszahlung der Geldleistungen sind die Erstellung und die aufwendige Abrechnung von Gutscheinen mit unterschiedlichen Nutzern entbehrlich. Besondere Bedürfnisse von Kindern werden bei der Leistungsgewährung und der Betreuung berücksichtigt – z. B. Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen, Kindertagesstättenbesuch, Schulbesuch usw.

Cochem-Zell	Die Grund- und Barleistungen nach § 3 AsylbLG werden im gesamten Kreisgebiet in Form von Barchecks ausgezahlt.
Donnersbergkreis	Barleistung
Eifelkreis Bitburg-Prüm	Bei Erstbezug werden Haushaltswaren und Haushaltwäsche ebenfalls als Sachleistung beschafft. Wertgutscheine werden nur in Einzelfällen ausgestellt. Prozentual ist dies ein sehr geringer Anteil. Für die Säuglingserstaussattung wird ausschließlich mit Warengutscheinen gearbeitet.
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	In allen Verbandsgemeinden werden die Leistungen bar ausbezahlt.
Kusel	Für den Bereich des Landkreises Kusel werden die laufenden Leistungen für den Lebensunterhalt in der Regel als Barleistung an die betreffenden Personen ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt monatlich im Voraus, per Barscheck. Nur in Ausnahmefällen wurden in der Vergangenheit auch schon Gutscheine ausgegeben. Wohnraum wird in der Regel, als Sachleistung zur Verfügung gestellt. In den Fällen, in denen Wohnraum selbst angemietet wurde, wird die Miete in Absprache mit den jeweils Leistungsberechtigten entweder an den Leistungsberechtigten selbst oder direkt an den Vermieter ausgezahlt.
Mainz-Bingen	Barleistungen werden gezahlt von: Stadtverwaltung Bingen, VG Rhein-Nahe, VG Nierstein-Oppenheim und VG Bodenheim, VG Nieder-Olm. Die anderen Delegationsnehmer überweisen die Leistungen, falls ein Konto vorhanden ist, andernfalls wird auch bar ausgezahlt. Gutscheine und Vollverpflegung gibt es in keiner Kommune.
Mayen-Koblenz	Die Leistungen werden im Wesentlichen als Geldleistungen gewährt, bar, per Scheck oder per Überweisung. Darüber hinaus werden insbesondere für einmalige Leistungen Gutscheine oder Sachleistungen z.B. für Wohnungseinrichtung gewährt.
Neuwied	Im Landkreis Neuwied werden ausschließlich Barleistungen erbracht.
Rhein-Hunsrück-Kreis	Die Kosten der Unterkunft (einschließlich der Heiz- und Nebenkosten) werden in Form der Sachleistungen, die übrigen Leistungen als Geldleistungen erbracht.
Rhein-Lahn-Kreis	Im Rhein-Lahn-Kreis werden generell Geldleistungen ausgezahlt.
Rhein-Pfalz-Kreis	Laufende Leistungen: Geldleistungen (Bar oder Konto) Einmalige Beihilfen: Sachleistungen/Gutscheine

Südliche Weinstraße	Geld- und Sachleistungen
Südwestpfalz	Grundsätzlich erhalten die Leistungsberechtigten Bargeld und Gutscheine. Erfolgt eine Unterbringung in Ortsgemeinden, in denen die ortsansässigen Lebensmittelgeschäfte/Supermärkte keine Gutscheine akzeptieren, so erfolgt die Leistungserbringung vollständig durch Bargeld. Eine Vollverpflegung findet nicht statt.
Trier-Saarburg	Im Landkreis Trier-Saarburg werden Barleistungen ausgezahlt
Vulkaneifel	Im Landkreis Vulkaneifel gibt es eine Gemeinschaftsunterkunft. In dieser wird Vollverpflegung gewährt. Der weit überwiegende Anteil der Asylbewerber wohnt aber in Wohnungen. Hier wird grundsätzlich die Hilfe als Geldleistung gezahlt. Diese erfolgt zumeist als Barzahlung (in Ausnahmen als Scheck oder Überweisung). Die Miete wird an den Vermieter direkt ausgezahlt, oft auch die Stromkosten an den Stromanbieter. In wenigen Fällen erfolgt für den Lebensunterhalt die Ausstellung von Gutscheinen, wenn z.B. der Verdacht besteht, dass die Hilfe nicht für die im Haushalt lebenden Kinder genutzt wird. Ansonsten erfolgt die Ausstellung von Gutscheinen noch für die Beschaffung von Haushaltsartikeln. Zum Teil werden aber auch Haushaltsartikel vom Sozialamt direkt beschafft.
Westerwaldkreis	Die Leistungen werden als Barleistungen gewährt. Nur in begründeten Ausnahmefällen werden Sachmittelgutscheine ausgestellt. Eine Vollverpflegung erfolgt nicht. Die Asylbewerber/innen können zusätzlich die Versorgungsmöglichkeiten der „Tafel“ in Anspruch nehmen.

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 2 (zu Frage 10)

Kreisfreie Städte	Anteil Gemeinschaftsunterkunft	Anteil Wohnungen
Frankenthal (Pfalz), St.	95 %	5 %
Kaiserslautern, St.	k.A.	k.A.
Koblenz, St.	Keine GU	100 %
Landau i. d. Pf., St.	Keine GU	100 %
Ludwigshafen a. Rh.,	46 %	54 %
Mainz, St.	75 %	25 %
Neustadt a. d. Weinstr., St.	21,33 %	78,67 %
Pirmasens, St.	Keine GU	100 %
Speyer, St.	95 %	5 %
Trier, St.	k.A.	k.A.
Worms, St.	70 %	30 %
Zweibrücken, St.	Keine GU	100 %

Landkreise	Anteil Gemeinschaftsunterkunft	Anteil Wohnungen
Ahrweiler	GU vorhanden	Whg. vorhanden
Altenkirchen (Vw.)	40 %	60 %
Alzey-Worms	Keine GU	100 %
Bad Dürkheim	10 %	90 %
Bad Kreuznach	Keine GU	100 %
Bernkastel-Wittlich	Keine GU	100 %
Birkenfeld	Keine GU	100 %
Cochem-Zell	Keine GU	100 %
Donnersbergkreis	5,5 %	94,5 %
Eifelkreis Bitburg-Prüm	Keine GU	100 %

	k.A.	k.A.
Germersheim		
Kaiserslautern	Keine GU	100 %
Kusel	Keine GU	100 %
Mainz-Bingen	Keine GU	100 %
Mayen-Koblenz	ca. 30 %	ca. 70 %
Neuwied	33,8 %	66,2 %
Rhein-Hunsrück-Kreis	Keine GU	100 %
Rhein-Lahn-Kreis	Keine GU	100 %
Rhein-Pfalz-Kreis	GU vorhanden	Whg. vorhanden
Südliche Weinstraße	GU vorhanden	Whg. vorhanden
Südwestpfalz	Keine GU	100 %
Trier-Saarburg	13,57 %	86,43 %
Vulkaneifel	5,5 %	94,5 %
Westerwaldkreis	Schließung GU beschlossen	Zukünftig 100 %

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 3 (zu Frage 14)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Wohnheim für alleinstehende Männer mit 39 Zimmern – je nach Zimmergröße Unterbringung in 2-/3-Bett-Zimmern, max. Belegung 4 Betten; Fußläufige Entfernung zum Hauptbahnhof 500 m; Wohnheim Frauen und Familien – 22 verschiedene Wohnungen mit 2 bis 3 Zimmer -Größe 42,40 m², 54,25 m², 59,4 m²; je nach Größe der Familie alleinige Unterbringung bzw. 2 Familien / Paare in einer Wohnung; Bushaltestelle am Wohnheim; Busverbindung zum Hauptbahnhof alle 30 Min
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	FA
Landau i. d. Pf., St.	Die Fragen können nicht beantwortet werden, da keine Gemeinschaftsunterkünfte belegt sind.
Ludwigshafen a. Rh.,	wie viel Wohnraum jeweils zur Verfügung steht, ist abhängig von den Zuweisungszahlen. In der Regel stehen jedem Eingewiesenen mindestens 8 qm Wohnfläche zur Verfügung. Wenn uns dreimal pro Woche, wie es die letzten Wochen mehrmals der Fall war, Personen zugewiesen bekommen, wird in Einzelfällen vorübergehend diese Wohnflächengrenze unterschritten. Normalerweise werden höchstens 4 Personen in einem Zimmer untergebracht. Eine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist ausnahmslos gegeben.
Mainz, St.	Nach der Mainzer Konzeption sollen jedem Flüchtling durchschnittlich 10 m² zur Verfügung stehen. Die Zahl der in den Zimmern unterzubringenden Personen hängt insbesondere von der Größe ab und beträgt in der Regel bis zu 4 Personen. Alle Mainzer Gemeinschaftsunterkünfte haben eine gute Anbindung zum öffentlichen Personennahverkehr.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Die Unterbringung erfolgt in Zimmern mit 2-6 Betten. Durchschnittlich stehen 4-5 qm pro Person zu Verfügung.
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden Betroffene nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die Fragen sind daher hinfällig.
Speyer, St.	7-10 qm² stehen pro Person zur Verfügung; maximale Belegung von 4 Personen in einem Zimmer; Anbindung an ÖPNV ist vorhanden
Trier, St.	k.A.

Worms, St.	Die Unterbringung in den beiden Häusern erfolgt in 1-4 Bett – Zimmern. Eine Anbindung an den öffentlichen Personen-Nahverkehr ist in beiden Häusern sichergestellt.
Zweibrücken, St.	Entfällt da keine Gemeinschaftsunterkünfte

Landkreise

Ahrweiler	Es gibt in den Gemeinschaftsunterkünften sowohl Einzelzimmer als auch Mehrbettzimmer. In der Gemeinschaftsunterkunft der Stadt Remagen gibt es darüber hinaus eine separate Wohnung. Durchschnittlich stehen jedem Bewohner rund 15 m² zur Verfügung.
Altenkirchen (Ww.)	Im Durchschnitt stehen pro Person ca. 10 qm zur Verfügung, 2 Personen werden in einem Zimmer untergebracht, die Anbindung an den ÖPNV ist sichergestellt.
Alzey-Worms	Im Landkreis Alzey-Worms gibt es keine Gemeinschaftsunterkünfte. Dezentral sind zum derzeitigen Zeitpunkt 205 Personen untergebracht
Bad Dürkheim	Fragen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften beziehen sich ohne Ausnahme auf die Gemeinde Haßloch, in der eine solche unterhalten wird. Es werden bis zu 4 Personen in einem Zimmer mit durchschnittlich 25 qm untergebracht, aber auch 2 Personen in Zimmern mit ca. 18 qm, und 3 Personen mit ca. 22 qm untergebracht. Anbindung an Personen- Nahverkehr ist sichergestellt.
Bad Kreuznach	entfällt
Bernkastel-Wittlich	entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte
Birkenfeld	Treffen für den Landkreis Birkenfeld nicht zu.
Cochem-Zell	Keine Angaben möglich, da keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt.
Donnersbergkreis	Einzelzimmer
Eifelkreis Bitburg-Prüm	FA
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	entfallen, da im Landkreis Kaiserslautern keine Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden sind.
Kusel	Bisher erfolgte keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.

Mainz-Bingen	Entfällt
Mayen-Koblenz	Pro Einzelperson stehen ca. 45 qm zur Verfügung, für jede weitere Person zusätzlich rd. 15 qm. 2 Personen stehen grundsätzlich rd. 60 qm durchschnittlich zur Verfügung. Die Anbindung an den ÖPNV ist von den Gemeinschaftsunterkünften (GU) in wenigen Minuten per Fuß zu erreichen.
Neuwied	In der GU stehen Einzelzimmer, Mehrbettzimmer und Appartements zur Verfügung. In einem Mehrbettzimmer werden max. 3 Personen gemeinsam untergebracht. Es gibt eine Anbindung an den ÖPNV (ca. 5 Min. Fußweg).
Rhein-Hunsrück-Kreis	Entfallen.
Rhein-Lahn-Kreis	Entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Rhein-Pfalz-Kreis	Gemäß den Richtlinien der Obdachloseneinweisung, ca. 10 m². Je nach Zimmergröße: 2-6 Personen. Ja
Südliche Weinstraße	keine Auswertung möglich
Südwestpfalz	In den Schlafzimmern, welche über eine Fläche von 20m² verfügen, werden zwei Personen untergebracht. Zudem stehen den Bewohnern noch Gemeinschaftsräume zur Verfügung. In unmittelbarer Nähe zur Gemeinschaftsunterkunft befindet sich eine Bushaltestelle.
Trier-Saarburg	Einzelzimmer mit 12 qm Wohnfläche mit Gemeinschaftsküche und Toilettenanlage. Das Wohnheim befindet sich in der Stadt Konz mit rund 18.000 Einwohnern und damit einer Anbindung an den öffentlichen Personen-Nahverkehr (Bahn + Bus)
Vulkaneifel	Die Zimmer in der Gemeinschaftsunterkunft sind unterschiedlich groß (2 bis 8 Betten). Die maximale Bettenzahl im Zimmer wird oft nicht ausgenutzt, um den Betroffenen mehr Platz zu lassen. Die Anbindung an den öffentlichen Personen-Nahverkehr ist unter Berücksichtigung der strukturellen Besonderheiten der Region verhältnismäßig gut.
Westerwaldkreis	Die Antworten zu den Fragen 11, 12 sowie 14 - 28 erübrigen sich

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 4 (zu Frage 15)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Wohnheim für alleinstehende Männer mit 39 Zimmern– je nach Zimmergröße Unterbringung in 2-/3-Bett-Zimmern, max. Belegung 4 Betten; Fußläufige Entfernung zum Hauptbahnhof 500 m; Wohnheim Frauen und Familien – 22 verschiedene Wohnungen mit 2 bis 3 Zimmer -Größe 42,40 m², 54,25 m², 59,4 m²; je nach Größe der Familie alleinige Unterbringung bzw. 2 Familien / Paare in einer Wohnung; Bushaltestelle am Wohnheim; Busverbindung zum Hauptbahnhof alle 30 Min
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	FA
Landau i. d. Pf., St.	Die Fragen können nicht beantwortet werden, da keine Gemeinschaftsunterkünfte belegt sind.
Ludwigshafen a. Rh.,	wie viel Wohnraum jeweils zur Verfügung steht, ist abhängig von den Zuweisungszahlen. In der Regel stehen jedem Eingewiesenen mindestens 8 qm Wohnfläche zur Verfügung. Wenn uns dreimal pro Woche, wie es die letzten Wochen mehrmals der Fall war, Personen zugewiesen bekommen, wird in Einzelfällen vorübergehend diese Wohnflächengrenze unterschritten. Normalerweise werden höchstens 4 Personen in einem Zimmer untergebracht. Eine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist ausnahmslos gegeben.
Mainz, St.	Nach der Mainzer Konzeption sollen jedem Flüchtling durchschnittlich 10 m² zur Verfügung stehen. Die Zahl der in den Zimmern unterzubringenden Personen hängt insbesondere von der Größe ab und beträgt in der Regel bis zu 4 Personen. Alle Mainzer Gemeinschaftsunterkünfte haben eine gute Anbindung zum öffentlichen Personennahverkehr.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Die Unterbringung erfolgt in Zimmern mit 2-6 Betten. Durchschnittlich stehen 4-5 qm pro Person zu Verfügung.
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden Betroffene nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die Fragen sind daher hinfällig.
Speyer, St.	7-10 qm² stehen pro Person zur Verfügung; maximale Belegung von 4 Personen in einem Zimmer; Anbindung an ÖPNV ist vorhanden
Trier, St.	k.A.

Worms, St.	Die Unterbringung in den beiden Häusern erfolgt in 1-4 Bett – Zimmern. Eine Anbindung an den öffentlichen Personen-Nahverkehr ist in beiden Häusern sichergestellt.
Zweibrücken, St.	Entfällt da keine Gemeinschaftsunterkünfte

Landkreise

Ahrweiler	Es gibt in den Gemeinschaftsunterkünften sowohl Einzelzimmer als auch Mehrbettzimmer. In der Gemeinschaftsunterkunft der Stadt Remagen gibt es darüber hinaus eine separate Wohnung. Durchschnittlich stehen jedem Bewohner rund 15 m² zur Verfügung.
Altenkirchen (Ww.)	Im Durchschnitt stehen pro Person ca. 10 qm zur Verfügung, 2 Personen werden in einem Zimmer untergebracht, die Anbindung an den ÖPNV ist sichergestellt.
Alzey-Worms	Im Landkreis Alzey-Worms gibt es keine Gemeinschaftsunterkünfte. Dezentral sind zum derzeitigen Zeitpunkt 205 Personen untergebracht
Bad Dürkheim	Fragen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften beziehen sich ohne Ausnahme auf die Gemeinde Haßloch, in der eine solche unterhalten wird. Es werden bis zu 4 Personen in einem Zimmer mit durchschnittlich 25 qm untergebracht, aber auch 2 Personen in Zimmern mit ca. 18 qm, und 3 Personen mit ca. 22 qm untergebracht. Anbindung an Personen- Nahverkehr ist sichergestellt.
Bad Kreuznach	entfällt
Bernkastel-Wittlich	entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte
Birkenfeld	Treffen für den Landkreis Birkenfeld nicht zu.
Cochem-Zell	Keine Angaben möglich, da keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt.
Donnersbergkreis	Einzelzimmer
Eifelkreis Bitburg-Prüm	FA
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	entfallen, da im Landkreis Kaiserslautern keine Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden sind.
Kusel	Bisher erfolgte keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.

Mainz-Bingen	Entfällt
Mayen-Koblenz	Pro Einzelperson stehen ca. 45 qm zur Verfügung, für jede weitere Person zusätzlich rd. 15 qm. 2 Personen stehen grundsätzlich rd. 60 qm durchschnittlich zur Verfügung. Die Anbindung an den ÖPNV ist von den Gemeinschaftsunterkünften (GU) in wenigen Minuten per Fuß zu erreichen.
Neuwied	In der GU stehen Einzelzimmer, Mehrbettzimmer und Appartements zur Verfügung. In einem Mehrbettzimmer werden max. 3 Personen gemeinsam untergebracht. Es gibt eine Anbindung an den ÖPNV (ca. 5 Min. Fußweg).
Rhein-Hunsrück-Kreis	Entfallen.
Rhein-Lahn-Kreis	Entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Rhein-Pfalz-Kreis	Gemäß den Richtlinien der Obdachloseneinweisung, ca. 10 m². Je nach Zimmergröße: 2-6 Personen. Ja
Südliche Weinstraße	keine Auswertung möglich
Südwestpfalz	In den Schlafzimmern, welche über eine Fläche von 20m² verfügen, werden zwei Personen untergebracht. Zudem stehen den Bewohnern noch Gemeinschaftsräume zur Verfügung. In unmittelbarer Nähe zur Gemeinschaftsunterkunft befindet sich eine Bushaltestelle.
Trier-Saarburg	Einzelzimmer mit 12 qm Wohnfläche mit Gemeinschaftsküche und Toilettenanlage. Das Wohnheim befindet sich in der Stadt Konz mit rund 18.000 Einwohnern und damit einer Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (Bahn + Bus)
Vulkaneifel	Die Zimmer in der Gemeinschaftsunterkunft sind unterschiedlich groß (2 bis 8 Betten). Die maximale Bettenzahl im Zimmer wird oft nicht ausgenutzt, um den Betroffenen mehr Platz zu lassen. Die Anbindung an den öffentlichen Personen-Nahverkehr ist unter Berücksichtigung der strukturellen Besonderheiten der Region verhältnismäßig gut.
Westerwaldkreis	Die Antworten zu den Fragen 11, 12 sowie 14 - 28 erübrigen sich

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 5 (zu Frage 25)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Männerwohnheim – 3 Etagen; auf jeder Etage separate Toiletten (abschließbar), Duschen und Waschraum in ausreichender Anzahl vorhanden (in der 3. Etage wurde Dusch- und Waschraum erst saniert) Familienwohnheim – jede Wohnung verfügt über 1 Bad mit Waschbecken, Badewanne und Toilette k.A.
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	FA
Landau i. d. Pf., St.	Die Fragen können nicht beantwortet werden, da keine Gemeinschaftsunterkünfte belegt sind.
Ludwigshafen a. Rh.,	Es gibt ausreichend dimensionierte Sanitäranlagen. Der Zustand ist in Ordnung. Es erfolgt eine tägliche Reinigung und eine mehrmalige Generalreinigung innerhalb eines Jahres durch eine Fachfirma. Die Toiletten und Duschzellen sind abschließbar. Eine Trennung nach Geschlechtern ist gegeben.
Mainz, St.	Bei einer der drei genannten Gemeinschaftsunterkünften handelt es sich um abgeschlossene Apartments mit eigenen sanitären Einrichtungen. In den beiden anderen Gemeinschaftsunterkünften sind sowohl ausreichende Toiletten, als auch Duschen, geschlechtergetrennt vorhanden. Die sanitären Anlagen sind in hygienisch sowie technisch einwandfreiem Zustand und werden regelmäßig im Auftrag des Betreibers desinfiziert. Die Toiletten sind selbstverständlich abschließbar.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Sanitäranlagen sind ausreichend, je nach Zerstörungspotential der Bewohner in gutem Zustand und abschließbar. Anlagen sind für Frauen in eigenem Stockwerk.
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden Betroffene nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die Fragen sind daher hinfällig.
Speyer, St.	Ja
Trier, St.	k.A.
Worms, St.	Die Sanitäranlagen sind ausreichend. In der Familienunterkunft sind nach Geschlechtern getrennte Sanitäranlagen vorhanden. Diese werden täglich gereinigt.
Zweibrücken, St.	Entfällt da keine Gemeinschaftsunterkünfte

Landkreise

Ahrweiler	Bad Neuenahr-Ahrweiler: 3 Bäder Remagen: 3 Bäder zzgl. ein Bad in der Wohnung. Alle Gemeinschaftsbäder sind nach Geschlechtern getrennt und abschließbar.
Altenkirchen (Ww.)	In den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Altenkirchen werden grundsätzlich nur Männer untergebracht, Sanitäranlagen gibt es zur Genüge. In den kreiseigenen Gemeinschaftsunterkünften z.B. gibt es 4 Toiletten und 2 Duschen für 8 Personen.
Alzey-Worms	Im Landkreis Alzey-Worms gibt es keine Gemeinschaftsunterkünfte. Dezentral sind zum derzeitigen Zeitpunkt 205 Personen untergebracht
Bad Dürkheim	Fragen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften beziehen sich ohne Ausnahme auf die Gemeinde Haßloch, in der eine solche unterhalten wird. Auf jedem Stockwerk gibt es 1 abschließbares Bad mit Toilette, insgesamt 3 Bäder. Der Zustand ist alt – Baujahr vor 1960
Bad Kreuznach	entfällt
Bernkastel-Wittlich	entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte
Birkenfeld	Treffen für den Landkreis Birkenfeld nicht zu.
Cochem-Zell	Keine Angaben möglich, da keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt.
Donnersbergkreis	Ja, funktionale Ausstattung, abschließlich männliche Bewohner
Eifelkreis Bitburg-Prüm	FA
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	entfallen, da im Landkreis Kaiserslautern keine Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden sind.
Kusel	Bisher erfolgte keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.
Mainz-Bingen	entfällt
Mayen-Koblenz	Die Toiletten sind funktionsfähig, sauber und verriegelbar. Die Einhaltung der Hygiene obliegt den Benutzern. Eine Geschlechtertrennung ist nicht erforderlich, da in einer GU des Landkreises Mayen-Koblenz nur männliche Einzelpersonen untergebracht werden.

Neuwied	Es stehen genügend Sanitäranlagen zur Verfügung, zur Verbesserung der Bedingungen befindet sich eine größere Sanierung in konkreter Planung (Ausschreibung läuft), Sanitäranlagen sind überwiegend abschließbar, eine Trennung nach Geschlechtern ist durch unterschiedliche Gebäude gewährleistet.
Rhein-Hunsrück-Kreis	Entfallen.
Rhein-Lahn-Kreis	Entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Rhein-Pfalz-Kreis	Ja. Trennung nach Geschlechtern: Unterbringungen von Frauen und Männern (Einzelpersonen) in getrennten Unterkünften.
Südliche Weinstraße	Ja
Südwestpfalz	In jedem der beiden Stockwerke der Gemeinschaftsunterkunft befinden sich sanitäre Anlagen, so dass eine Geschlechtertrennung gegeben ist. Die Räumlichkeiten sind selbstverständlich abschließbar und aufgrund der Errichtung der Immobilie um die Jahrtausendwende in einem entsprechend guten Zustand.
Trier-Saarburg	ja - 2 Toilettenanlagen mit insgesamt 4 Urinalen und 5 abschließbaren WC's; guter Zustand, da ständige Kontrolle durch Asylantenbetreuer; keine Trennung nach Geschlechtern notwendig, da nur männliche Bewohner
Vulkaneifel	Zwei Zimmer verfügen über eine eigene Duschmöglichkeit. Ansonsten muss auf das Gemeinschaftsbad zurückgegriffen werden. Daneben bestehen Gemeinschaftstoiletten. Eine Geschlechtertrennung findet nicht statt, aber die Räume sind abschließbar. Vor kurzem fand eine Renovierung des Gemeinschaftsbades statt.
Westerwaldkreis	Die Antworten zu den Fragen 11, 12 sowie 14 - 28 erübrigen sich

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 6 (zu Frage 26)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Männerwohnheim – auf jeder Etage entsprechende Küchen mit 2 Elektroherden, Spülbecken sowie Tische für insgesamt bis zu 25 Personen Familienwohnheim – jede Wohnung hat eine Küche mit Elektroherd, Spüle, Kühlschrank (bei zwei Familien zwei Kühlschränke)
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	FA
Landau i. d. Pf., St.	Die Fragen können nicht beantwortet werden, da keine Gemeinschaftsunterkünfte belegt sind.
Ludwigshafen a. Rh.,	Auf jedem Stockwerk gibt es eine Küche, die jeweils mit 8 - 10 Kochplatten bestückt ist. Diese teilen sich maximal 30 Personen. in den Apartments ist jeweils eine kleine Küche integriert.
Mainz, St.	Nach unserem Dafürhalten spielt hier weniger die Zahl der Küchen, sondern vielmehr die Zahl der vorhandenen Kochgelegenheiten eine Rolle. Die Kochgelegenheiten werden in der Regel so bemessen, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner ihren Bedürfnissen folgend, zeitnah ihre Mahlzeiten zubereiten können. Die Zahl der Kochgelegenheiten ist aber auch von den technischen Voraussetzungen des Gebäudes abhängig.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Keine
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden Betroffene nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die Fragen sind daher hinfällig.
Speyer, St.	teilweise Küchenzeilen in den Zimmern sowie eine Gemeinschaftsküche für 21 Personen
Trier, St.	k.A.
Worms, St.	In der Gemeinschaftsunterkunft für Männer befindet sich auf jedem Stockwerk eine Teeküche mit Spülmöglichkeiten und einem Elektroherd. In jedem Zimmer ist ein Kühlschrank vorhanden. Aufgrund der Vollverpflegung stehen keine größeren Gemeinschaftsküchen zur Verfügung. In der Familien- und Frauenunterkunft befinden sich insgesamt 5 Küchen, zum Teil handelt es sich um Gemeinschaftsküchen, größere Familien steht eine eigene Küche zur Verfügung.
Zweibrücken, St.	Entfällt da keine Gemeinschaftsunterkünfte

Landkreise

Ahrweiler	Bad Neuenahr-Ahrweiler: 1 Remagen: 2
Altenkirchen (Ww.)	In jeder Gemeinschaftsunterkunft gibt es ausreichend Küchen.
Alzey-Worms	Im Landkreis Alzey-Worms gibt es keine Gemeinschaftsunterkünfte. Dezentral sind zum derzeitigen Zeitpunkt 205 Personen untergebracht
Bad Dürkheim	Fragen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften beziehen sich ohne Ausnahme auf die Gemeinde Haßloch, in der eine solche unterhalten wird. 1 Küche für ca. 40 Personen, 1 Person, die täglich gemeinschaftliches Mittagessen kocht.
Bad Kreuznach	entfällt
Bernkastel-Wittlich	entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte
Birkenfeld	Treffen für den Landkreis Birkenfeld nicht zu.
Cochem-Zell	Keine Angaben möglich, da keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt.
Donnersbergkreis	Eine
Eifelkreis Bitburg-Prüm	FA
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	entfallen, da im Landkreis Kaiserslautern keine Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden sind.
Kusel	Bisher erfolgte keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.
Mainz-Bingen	entfällt
Mayen-Koblenz	Zwei bis drei Personen benutzen jeweils eine Küche.
Neuwied	In der GU stehen fünf Gemeinschaftsküchen mit je mehreren Kochstellen zur Verfügung, diese werden von 120 Personen genutzt. Darüber hinaus verfügen fünf Einzelapartements und Zimmer über eigene Küchen.
Rhein-Hunsrück-Kreis	Entfallen.
Rhein-Lahn-Kreis	Entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Rhein-Pfalz-Kreis	Je nach Größe der Unterkunft. 2-4 Küchen für jeweils 2-8 Personen
Südliche Weinstraße	Jede Wohnung hat eine Küche, in einer GU jeweils 3 Küchen vorhanden
Südwestpfalz	Es sind zwei Küchen vorhanden. Diese stehen bei optimaler Belegung maximal 40 Personen zur Verfügung.
Trier-Saarburg	2 Küchen für bis zu 30 Personen
Vulkaneifel	Es gibt eine Küche, die aber nur vom Personal genutzt werden kann. Eine eigene Kochgelegenheit besteht in den Zimmern nicht.
Westerwaldkreis	Die Antworten zu den Fragen 11, 12 sowie 14 - 28 erübrigen sich

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 7 (zu Frage 27)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Männerwohnheim – Eine große Waschküche mit vier Waschmaschinen und Trockenraum Familienwohnheim – jede Wohnung hat 1 Waschmaschine sowie einen kleinen Balkon
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	FA
Landau i. d. Pf., St.	Die Fragen können nicht beantwortet werden, da keine Gemeinschaftsunterkünfte belegt sind.
Ludwigshafen a. Rh.,	Ja, es stehen ausreichend Waschmaschinen und Trockner zur Verfügung. Auch gibt es Wäscheleinen im Freien.
Mainz, St.	In den Gemeinschaftsunterkünften stehen entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung, die mit Waschmaschinen sowie Wäschetrocknern ausgestattet sind.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Waschmaschine und Trockner sind vorhanden.
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden Betroffene nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die Fragen sind daher hinfällig.
Speyer, St.	Ja
Trier, St.	k.A.
Worms, St.	Waschmaschinen stehen lediglich in der Unterkunft für Frauen und Familien zur Verfügung. In der Unterkunft für Männer wird die Wäsche zentral in einer Wäscherei gewaschen.
Zweibrücken, St.	Entfällt da keine Gemeinschaftsunterkünfte

Landkreise

Ahrweiler	Ja
Altenkirchen (Ww.)	Waschmaschinen stehen in den Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung, Trockenräume nicht in allen.
Alzey-Worms	Im Landkreis Alzey-Worms gibt es keine Gemeinschaftsunterkünfte. Dezentral sind zum derzeitigen Zeitpunkt 205 Personen untergebracht

Bad Dürkheim	Fragen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften beziehen sich ohne Ausnahme auf die Gemeinde Haßloch, in der eine solche unterhalten wird. 2 Waschmaschinen, 1 Trockenraum
Bad Kreuznach	entfällt
Bernkastel-Wittlich	Entfällt ,da keine Gemeinschaftsunterkünfte
Birkenfeld	Treffen für den Landkreis Birkenfeld nicht zu.
Cochem-Zell	Keine Angaben möglich, da keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt.
Donnersbergkreis	Ja
Eifelkreis Bitburg-Prüm	FA
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	entfallen, da im Landkreis Kaiserslautern keine Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden sind.
Kusel	Bisher erfolgte keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.
Mainz-Bingen	entfällt
Mayen-Koblenz	Ja
Neuwied	In der GU stehen ausreichend Waschmaschinen und Trockner zur Verfügung. Es gibt einen Wäschendienst der die Waschküche betreut.
Rhein-Hunsrück-Kreis	Entfallen.
Rhein-Lahn-Kreis	Entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Rhein-Pfalz-Kreis	Ja
Südliche Weinstraße	Ja
Südwestpfalz	In der Gemeinschaftsunterkunft befinden sich sowohl drei Waschmaschinen als auch ein ausreichend großer Trockenraum.
Trier-Saarburg	ja – 2 Waschmaschinen, 1 Trockner , 1 Trockenraum
Vulkaneifel	Eine Waschmaschine und Trockenräume stehen den Asylbewerbern nicht zur Verfügung. Der Einrichtungsträger wäscht und bügelt die Kleidung für die Leistungsberechtigten.
Westerwaldkreis	Die Antworten zu den Fragen 11, 12 sowie 14 - 28 erübrigen sich.

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 8 (zu Frage 28)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Nein	
Kaiserslautern, St.	k.A.	
Koblenz, St.	FA	
Landau i. d. Pf., St.	Die Fragen können nicht beantwortet werden, da keine Gemeinschaftsunterkünfte belegt sind.	
Ludwigshafen a. Rh.,	Ja, jedenfalls was die Erdgeschosse angeht. Das ist die Hälfte des gesamten zur Verfügung stehenden Wohnraumes.	
Mainz, St.	In den Gemeinschaftsunterkünften stehen entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung.	
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Nein	
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden Betroffene nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die Fragen sind daher hinfällig.	
Speyer, St.	teilweise	
Trier, St.	k.A.	
Worms, St.	Nein	
Zweibrücken, St.	Entfällt da keine Gemeinschaftsunterkünfte	

Landkreise

Ahrweiler	Nein	
Altenkirchen (Ww.)	Die kreiseigenen Gemeinschaftsunterkünfte sind barrierefrei, die anderen 5 nicht.	
Alzey-Worms	k.A.	
Bad Dürkheim	Fragen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften beziehen sich ohne Ausnahme auf die Gemeinde Haßloch, in der eine solche unterhalten wird. Nein	
Bad Kreuznach	entfällt	

Bernkastel-Wittlich	entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte
Birkenfeld	Treffen für den Landkreis Birkenfeld nicht zu.
Cochem-Zell	Keine Angaben möglich, da keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt.
Donnersbergkreis	Ja
Eifelkreis Bitburg-Prüm	FA
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	entfallen, da im Landkreis Kaiserslautern keine Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden sind.
Kusel	Bisher erfolgte keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.
Mainz-Bingen	entfällt
Mayen-Koblenz	Nein, Rollstuhlfahrer werden grundsätzlich nicht in einer GU untergebracht. Blinde bzw. sehbehinderte Menschen werden nur mit einer Begleitperson im Erdgeschoss einer GU untergebracht.
Neuwied	Die GU ist nicht barrierefrei, im Bedarfsfall erfolgt die Unterbringung in einer angemessenen Wohnung.
Rhein-Hunsrück-Kreis	Entfallen.
Rhein-Lahn-Kreis	Entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Rhein-Pfalz-Kreis	Nein
Südliche Weinstraße	Nein
Südwestpfalz	Die Gemeinschaftsunterkunft ist nicht barrierefrei ausgestaltet.
Trier-Saarburg	Nein
Vulkaneifel	Die Gemeinschaftsunterkunft ist nicht barrierefrei ausgestaltet. Sofern erforderlich, wird für behinderte Menschen eine passende Wohnung gesucht.
Westerwaldkreis	Die Antworten zu den Fragen 11, 12 sowie 14 - 28 erübrigen sich

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 9 (zu Frage 32)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	3 Fälle; es sind keine Kinder betroffen
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	Drei Fälle mit Leistungseinschränkungen. Kinder sind nicht betroffen.
Landau i. d. Pf., St.	Derzeit werden keine Leistungseinschränkungen nach §1a AsylbLG durchgeführt.
Ludwigshafen a. Rh.,	Kürzungen nach §1a AsylbLG stellen eine absolute Ausnahme dar. Im Falle einer Kürzung liegt es in der Verantwortung der Eltern, wie oder für was sie die gewährten Leistungen verwenden.
Mainz, St.	Derzeit fallen drei Einzelpersonen unter die Regelungen des § 1 a AsylbLG.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Zurzeit keine.
Pirmasens, St.	In Pirmasens keine. Insoweit sind auch keine Kinder betroffen.
Speyer, St.	1 Fall; nein
Trier, St.	k.A.
Worms, St.	Es finden derzeit keine Leistungseinschränkungen statt. Kinder sind demnach auch nicht betroffen.
Zweibrücken, St.	Derzeit gibt es 19 Personen, die von Leistungseinschränkungen grds. betroffen sind; darunter befinden sich auch Kinder.

Landkreise

Ahrweiler	Keine
Altenkirchen (Ww.)	Im Landkreis Altenkirchen gibt es z.Zt. keinen Fall einer Leistungseinschränkung nach § 1a AsylbLG.
Alzey-Worms	Es sind keine Leistungseinschränkungen nach § 1a AsylbLG bekannt.

Bad Dürkheim	Etwaige Leistungseinschränkungen nach § 1a AsylbLG gibt es derzeit im Landkreis Bad Dürkheim nicht mehr.
Bad Kreuznach	Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG, 1BvL 10/10) vom 18.07.2012 gibt es keine Fälle, bei denen eine Leistungskürzung nach § 1a AsylbLG durchgeführt wird.
Bernkastel-Wittlich	aktuell 2 Fälle von Leistungseinschränkungen. Kinder sind nicht betroffen.
Birkenfeld	Im Landkreis Birkenfeld besteht zur Zeit in einem Fall eine Leistungseinschränkung bei einer männlichen Einzelperson.
Cochem-Zell	Derzeit werden bei keinen Personen Leistungen nach § 1a AsylbLG eingeschränkt.
Donnersbergkreis	Derzeit keine
Eifelkreis Bitburg-Prüm	keine
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	Insgesamt gibt es 16 Fälle von Leistungseinschränkungen nach § 1a AsylbLG, davon 11 Erwachsene und 5 Kinder.
Kusel	Derzeit erhalten 7 Personen eingeschränkte Leistungen nach § 1a AsylbLG. Kinder sind von der Leistungseinschränkung nicht betroffen.
Mainz-Bingen	Es gibt keine Fälle von Leistungseinschränkungen.
Mayen-Koblenz	Aktuell gibt es im Landkreis Mayen-Koblenz einen Fall, in dem eine Leistungskürzung erfolgt. Kinder sind davon nicht betroffen und würden auch generell ausgenommen.
Neuwied	Im Landkreis Neuwied erhalten derzeit 3 Personen Leistungseinschränkungen gemäß § 1a Nr. 2 AsylbLG (fehlende Mitwirkung). Kinder sind davon nicht betroffen.
Rhein-Hunsrück-Kreis	Zurzeit keine.
Rhein-Lahn-Kreis	In 2013 bisher 6 Fälle mit Leistungseinschränkung nach § 1a AsylbLG; davon 2 Fälle mit insgesamt 3 Kindern.
Rhein-Pfalz-Kreis	Z. Zt. bei 2 Familien. Keine Kinder
Südliche Weinstraße	Keine
Südwestpfalz	Derzeit ist lediglich ein Fall der Leistungseinschränkung bekannt. Hierbei handelt es sich um einen volljährigen Leistungsberechtigten.
Trier-Saarburg	Im Landkreis Trier-Saarburg gibt es 6 Fälle der Leistungseinschränkungen nach § 1a AsylbLG; keine Kinder betroffen
Vulkaneifel	Derzeit erhält nur ein Asylbewerber eingeschränkte Leistungen. Kinder sind nicht betroffen.
Westerwaldkreis	In acht Verbandsgemeinden gibt es keine Leistungseinschränkungen. In einer Verbandsgemeinde gibt es einen Fall, in einer weiteren Verbandsgemeinde werden die Leistungen bei einer Familie mit Kindern eingeschränkt (Grundlage: Urteil des Sozialgerichts Koblenz).

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 10 (zu Frage 34)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Ja, es werden Leistungen gewährt. 2011 und 2012 haben jeweils fünf Kinder mit Mehrfachbewilligungen Leistungen erhalten (Klassenfahrten, Teilhabe, Mittagsverpflegung, Schulbedarf). 2013 haben aktuell 9 Kinder mit Mehrfachbewilligungen entsprechende Leistungen in Anspruch genommen.
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	In Koblenz werden alle rechtlich möglichen Leistungen für Bildung und Teilhabe übernommen. 46 Kinder erhalten diese Leistungen.
Landau i. d. Pf., St.	Die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden entsprechend der gestellten Anträge analog gewährt.
Ludwigshafen a. Rh.,	Weil BuT-Leistungen in entsprechender Anwendung des § 34 Abs. 1 Satz 1 SGB XII nach § 6 Asylbewerberleistungsgesetz zu gewähren sind, haben wir hier einen gesetzlichen Auftrag, den wir erfüllen.
Mainz, St.	Die Stadt Mainz gewährt keine Leistungen der Bildung und Teilhabe an Personen, die unter das AsylbLG fallen.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	BuT-Leistungen werden erbracht, im 1. Halbjahr 11 Betroffene. Davon erhielten 3 Leistungen für Ausflüge oder Klassenfahrten, 10 Schulbedarf, 5 Mittagsverpflegung und 2 Leistungen für Teilhabe.
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen und entsprechender Anträge an alle Kinder, die als Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz berechtigt sind, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gezahlt.
Speyer, St.	alle Personen nach § 2 AsylbLG erhalten BUT-Leistungen
Trier, St.	k.A.
Worms, St.	Derzeit erhalten 10 Kinder Leistungen in Form des Schulbasispaketes. Außerdem werden Leistungen für Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten, Mittagsverpflegung und Schülerbeförderung gewährt.
Zweibrücken, St.	In vier Fällen werden i.R. des § 6 AsylbLG Leistungen für Bildung und Teilhabe gewährt; es handelt sich um Lernförderung (3 Fälle) und Übernahme der Kosten für Mittagsverpflegung (1 Fall).

Landkreise

Ahrweiler	Der Vollzug des Bildungs- und Teilhabepaketes erfolgt bei der Kreisverwaltung. Alle Kinder, deren Eltern Leistungen nach § 2 oder § 3 AsylbLG erhalten, können auch Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten. Im 2. Quartal 2013 erhielten insgesamt acht Kinder BuT-Leistungen. Dabei handelte es sich um Leistungen für die Mittagsverpflegung und Ausflüge.
Altenkirchen (Ww.)	Der Landkreis Altenkirchen zahlt analog § 6 AsylbLG Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket auch an Asylbewerberkinder, insgesamt an z.Zt. 43 Kinder für Mittagessen, Klassenfahrten, Nachhilfe pp. Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket werden gewährt.
Alzey-Worms	Die derzeitige Nachfrage nach BuT-Leistungen im Asylbereich ist aktuell noch nicht sehr groß, jedoch zunehmend ansteigend.
Bad Dürkheim	<p>Uns sind derzeit 2 konkrete Fälle aus der Stadtverwaltung Bad Dürkheim bekannt in denen zwei Familien mit jeweils 3 Kindern den Verpflegungszuschlag für die Ganztagsbetreuung in der Schule bezahlt bekommen.</p> <p>Die Stadtverwaltung Grünstadt hat beispielsweise derzeit gleich drei Fälle in Bearbeitung, in denen es um Förderung für minderjährige Kinder im Bereich BuT geht. Es handelt sich um einen Verpflegungszuschlag, Beiträge für einen Sportverein sowie eine Ferienfreizeit. Davor wurde nichts beantragt.</p> <p>VG Freinsheim meldet ebenfalls erstmalig drei Anträge für drei minderjährige Kinder. Diese betreffen 2x einen Zuschuss für einen Klassenfahrt 1x für Schulbedarf.</p> <p>VG Lambrecht hat aktuell 4 Kinder aus 4 verschiedenen Familien, die gefördert werden. Es geht hierbei um Schulzubehör, Fußballverein, Essen in KITA oder Hort.</p> <p>VG Grünstadt-Land hat aktuell 2 Familien mit je 2 Kindern die einen Verpflegungszuschlag bei Ganztagsbetreuung erhalten.</p> <p>VG Hettenleidelheim hat aktuell 3 Familien mit jeweils einem Kind, welche im Rahmen von BuT unterstützt wurden. Gefördert wurden/werden Schulverpflegung- und Bedarf sowie Klassenfahrten.</p> <p>VG Wachenheim hat aktuell 2 Kinder aus 2 verschiedenen Familien. Gefördert werden Schulverpflegung- und Bedarf sowie Nachhilfe.</p> <p>VG Hettenleidelheim fördert 3 Kinder aus 3 Familien mit Schulverpflegung-und Bedarf, Klassenfahrt.</p>

Bad Kreuznach	Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG werden keine Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB XII gewährt. Die Leistungsgewährung erfolgt in entsprechender Anwendung des SGB XII für Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG. Leistungsberechtigten Kindern nach § 3 AsylbLG werden Leistungen zur Schulausstattung und Klassenfahrten nach § 6 AsylbLG gewährt. Eine Statistik hierüber wird durch uns nicht geführt, so dass uns eine Aufschlüsselung nach Ort, Zweck und Anzahl der betroffenen Kinder nicht möglich ist.
Bernkastel-Wittlich	Im Landkreis Bernkastel-Wittlich stehen sämtliche Leistungen für Bildung und Teilhabe natürlich auch den Kindern von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG zur Verfügung. Im Laufe des Jahres 2012 wurden BuT-Leistungen an 52 Berechtigte nach dem AsylbLG gezahlt.
Birkenfeld	Leistungen für Bildung und Teilhabe werden ohne Einschränkung gewährt. Die Leistungen werden entsprechend BuT überwiegend für Klassenfahrten, Schulbedarf, und Mittagessen gewährt.
Cochem-Zell	Die Gewährung von Leistungen zur Bildung und Teilhabe obliegt nach der hiesigen Satzung dem Landkreis Cochem-Zell selbst. Sowohl Leistungen nach den §§ 34 und 334a SGB XII für leistungsberechtigte Personen nach § 2 AsylbLG als auch solche nach § 6 AsylbLG kennen grundsätzlich gewährt werden (Mittagsverpflegung/Ganztagschule).
Donnersbergkreis	BuT-Leistungen für Kinder Asylsuchender nach den selben Kriterien wie für alle anderen berechtigten Kinder im Kreis
Eifelkreis Bitburg-Prüm	wir zahlen: - persönlichen Schulbedarf (Pauschale 70 €/30 €) - 15 Kinder, - Klassenfahrten - 7 Kinder
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	Zurzeit beantragte im Landkreis Kaiserslautern nur eine Familie Leistungen für Bildung und Teilhabe. Dabei handelt es sich um 3 Kinder. Für 2 Kinder werden Schülerbeförderungskosten übernommen, für 1 Kind wird die Teilhabe soziokulturellen Leben übernommen und für alle 3 Kinder wird der Schulbedarf übernommen. Familie ist in Otterberg wohnhaft.
Kusel	Leistungen zu Bildung und Teilhabe werden gem. § 6 AsylbLG in den meisten Fällen als Sachleistung gewährt (z. B. Schulbedarf). Eintägige oder mehrtägige Klassenfahrten werden nach vorheriger Rücksprache mit der Ausländerbehörde übernommen. Die Kosten für Mittagessen werden bei Bedarf aus Mitteln des Sozialfonds gedeckt.

Mainz-Bingen	Leistungen für Bildung und Teilhabe werden nach § 6 AsylbLG gewährt. Für ein Kind aus der VG Spremlingen-Gensingen wurden die Kosten für eine Klassenfahrt übernommen.
Mayen-Koblenz	<p>Erläuterung: 94 Kindern, die Asylbewerberleistungen erhalten, wurde von Januar 2013 bis September 2013 Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gewährt. Die Aufteilung auf die einzelnen Leistungen ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:</p> <p>Andernach 10 Ettringen 1 Mayen 16 Mendig 7 Plaids 12 Polch 2 Bendorf 20 Koblenz-Gondorf 6 Mülheim-Kärlich 1 Niederfell 2 Rhens 2 Urbach 3 Weißenthurm 6 Winningen 2 Lehmen 4</p> <p>Eine detailliertere Tabelle ist hier in der Zusammenfassung nicht darstellbar, liegt aber vor. Aufgeteilt nach Mittagsverpflegung, Schulausflug und Teilhabe</p>
Neuwied	<p>Personen, die Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten, haben vollen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe (analog SGB XII). Personen, die Leistungen nach § 3 AsylbLG erhalten, haben keinen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe und können lediglich einen Zuschuss zum Mittagessen im Rahmen des Sozialfonds beantragen.</p> <p>In 2012 wurden folgende Leistungen im Rahmen der Analogleistungen erbracht: Ausflüge 3x; Lernförderung 1x; Mittagessen 6x; Teilhabe 1x.</p>

Rhein-Hunsrück-Kreis	In diesem Haushaltsjahr hat der Rhein-Hunsrück-Kreis an insgesamt 10 Personen /Kinder Leistungen der Bildung und Teilhabe gewährt. Es wurden Kosten für Klassenfahrten (1 Leistungsfall), Schulpaket (5 Fälle) und Mittagessen (8 Leistungsfälle) gewährt.
Rhein-Lahn-Kreis	Im Rhein-Lahn-Kreis werden BuT-Leistungen gewährt, wenn die Personen Anspruch auf Leistungen nach § 2 AsylbLG haben. Ansonsten erfolgt eine Beurteilung nach § 6 AsylbLG. Folgende Leistungen wurden gewährt: Mittagessen: 5 Kinder, Klassenfahrt: 12 Kinder, Schulbedarf: 14 Kinder, Lernförderung: 2 Kinder
Rhein-Pfalz-Kreis	Ja
Südliche Weinstraße	In Einzelfällen ja.
Südwestpfalz	Leistungen für Bildungen und Teilhabe werden im Bedarfsfall i.R.d. § 6 AsylbLG erbracht.
Trier-Saarburg	Im Landkreis Trier-Saarburg werden Leistungen für Bildung und Teilhabe nur für Kinder gewährt, deren Eltern Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten. Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten, Mittagsverpflegung, Schulbeihilfe, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben; 7 Kinder
Vulkaneifel	Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket werden im Landkreis Vulkaneifel gewährt: Mittagsverpflegung Schule bzw. Kindertagesstätte 5 Kinder, Klassenfahrten 5 Kinder und Schulbedarf 14 Kinder
Westerwaldkreis	Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder werden auf Antrag gewährt und umfassen das gesamte Spektrum der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets.

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Anwendungspraxis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylBLG) in Rheinland-Pfalz - Drucksache 16/2714 - Anlage 11 (zu Frage 36)

Kreisfreie Städte

Frankenthal (Pfalz), St.	Beide Wohnheime verfügen über ausreichend Rasenflächen um einer angemessenen Freizeitbetätigung nachzugehen; In unmittelbarer Nähe des Familienwohnheimes befindet sich seit kurzem ein Kinderspielfeldplatz
Kaiserslautern, St.	k.A.
Koblenz, St.	FA
Landau i. d. Pf., St.	entfällt
Ludwigshafen a. Rh.,	Auf der größten Anlage ist ein Kinderspielfeldplatz eingerichtet.
Mainz, St.	Die Mainzer Gemeinschaftsunterkünfte verfügen über ausreichende Freiflächen. Soweit diese Flächen selbst nicht mit Spielgeräten ausgestattet sind, befinden sich in unmittelbarer Nähe öffentliche Spielplätze, die von den Kindern der Bewohner selbstverständlich genutzt werden können.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	Leider keine, in unmittelbarer Nähe befinden sich ein Park und die Innenstadt
Pirmasens, St.	In Pirmasens werden Betroffene nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die Fragen sind daher hinfällig.
Speyer, St.	Fußballplatz, Grillplatz, Spiel- und Lernstube
Trier, St.	k.A.
Worms, St.	In der Unterkunft für Frauen und Familien befinden sich ein Spielplatz mit Schaukel und Sandkasten sowie diverse Spielgeräte. In der unmittelbaren Nähe der Stadtpark mit Ballplatzanlage und Minigolfanlage. In der Familienunterkunft werden Spiel- und Bastelnachmittage für die Kinder angeboten.
Zweibrücken, St.	/., da dezentrale Unterbringung und dort Nutzung der allgemeinen Infrastruktur (Spielplätze etc) möglich

Landkreise

Ahrweiler	Auf dem Gelände selbst keine.
Altenkirchen (Ww.)	Da in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Altenkirchen nur volljährige Männer untergebracht sind, stellt sich diese Frage nicht.
Alzey-Worms	Es sind keine Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden.
Bad Dürkheim	k.A.
Bad Kreuznach	entfällt
Bernkastel-Wittlich	entfällt- keine Gemeinschaftsunterkünfte!
Birkenfeld	entfällt
Cochem-Zell	Keine Angaben möglich, da im Landkreis Cochem-Zell keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Donnersbergkreis	Keine Kinder in Gemeinschaftsunterkünften, im Übrigen alle Freizeitmöglichkeiten wie für alle anderen Kinder der jeweiligen Kommune
Eifelkreis Bitburg-Prüm	k.A.
Germersheim	k.A.
Kaiserslautern	Keine Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis Kaiserslautern
Kusel	Es erfolgte bisher keine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften
Mainz-Bingen	Es gibt im Landkreis Mainz-Bingen keine Gemeinschaftsunterkünfte.
Mayen-Koblenz	Auf den Außenbereichen der GU stehen keine Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung. Da die Belegung nur mit männlichen Einzelbewerbern erfolgt ist hier kein gesteigerter Bedarf ersichtlich.
Neuwied	Auf dem Gelände der GU stehen zur Verfügung: Fußballtore, Basketballkorb, Schaukel, Rutsche, Wiesenflächen, Gemeinschafts- bzw. Schulungsraum. Verschiedene Vereinigungen bieten im Rahmen des Ehrenamtes, Sprachkurse, Sportveranstaltungen, Grillfeste, Weihnachtsfeier, Sommerfest usw. an.
Rhein-Hunsrück-Kreis	Entfällt.
Rhein-Lahn-Kreis	Entfällt, da keine Gemeinschaftsunterkünfte vorgehalten werden.
Rhein-Pfalz-Kreis	Keine
Südliche Weinstraße	Allgemeine Spiel- und Sportplätze der VG.
Südwestpfalz	Auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft selbst befinden sich keine Freizeitmöglichkeiten. Jedoch sind Spielplätze, Wanderwege und der Stadtkern Dahn auf relativ ebenem Weg zu erreichen.
Trier-Saarburg	Fehlanzeigen, da nur alleinstehende Männer in GU
Vulkaneifel	Es gibt einen Rasenplatz, einen Bolzplatz, einen Kinderspielplatz sowie einen Raum mit Tischtennisplatten.
Westerwaldkreis	entfällt